

## Murray G. Hall

### DAIMON und die Sozialisierung der Dichtkunst.

„Alles wird sozialisiert – da wird es wohl nichts helfen: auch die Dichtung wird daran glauben müssen; dann ist der Staat der einzige Verleger und dichten oder schreiben darf überhaupt nur noch, wer ihm geeignet scheint und wen er dazu anstellt. Den Dichtern aber wird's gut gehen, denn sie werden dann – o himmlische Aussicht – festbesoldet sein.“ So malte sich ein besorgter Beobachter im Jahr 1919 aus, wie sich der „staatliche Dichtungsbetrieb nach vollzogener Sozialisierung darstellen dürfte“. „Zunächst hat sich“, so der schwarzmalende Kommentator weiter, „wer Staatsdichter werden will, einer Prüfung zu unterwerfen. Nun, das Dichten ist ja nicht so schwer, und wer die Prüfung bestanden hat, wird als Staatsdichter angestellt und verfaßt von nun an Romane, Epen, Dramen, lyrische Gedichte, Fabeln oder was sonst in sein besonderes Fach schlägt, auf Kosten des Staates und unter staatlicher Aussicht.“<sup>1</sup> Dass die „seltsamen Bettgenossen“ um Jakob Moreno Levy etwas völlig anderes mit der ‚Sozialisierung der Dichtkunst‘ im Sinn hatte, wird noch zu zeigen sein.

Alles wird sozialisiert? Na ja, nicht ganz. In den Wochen und Monaten nach dem November 1918 war das Wort „Sozialisierung“ als Zukunftshoffnung mancher Revolutionäre in aller Munde, nicht nur im politischen Bereich oder speziell im Umkreis der Sozialdemokraten. Wie breit die Sozialisierung diskutiert oder man könnte je nach Sichtweise auch sagen: *angedroht* wurde, zeigt eine Suche nach diesem Stichwort in den Zeitungen, die von ANNO, also Austrian Newspapers Online der Nationalbibliothek, erfasst werden. Die Suche ergab über 5.500 Treffer im Zeitraum 1919 bis 1922.

Die öffentliche Diskussion gab auch Anlass zu zahllosen Büchern, wissenschaftlichen Aufsätzen und Kommentaren zum Thema, obwohl man behaupten kann, dass nicht alle unter diesem Begriff das Gleiche verstanden. Sie war und blieb verschwommen. Ja, was da alles in Deutschland und Deutschösterreich hätte sozialisiert werden sollen (mit der Betonung auf ‚sollen‘)! Das hieß in diesem Kontext: ohne

---

<sup>1</sup> Anonymer Kommentar unter der Überschrift „Die Staatsdichter“ in: *Allgemeiner Tiroler Anzeiger*, 8. August 1919, S. 5.

Beteiligung der Kapitalisten und im Interesse der Arbeiter, die den vollen Ertrag ihrer Arbeit bekommen sollten. Alles sollte „Gemeineigentum“ werden: Licht und Wärme, die Sprechtheater, die Lichtspieltheater, die Waldwirtschaft, die bayerische Presse bis hin zur „Dichtung“, um nur einige wenige zu nennen.

Der Gesetzgeber in Deutschösterreich sprang sehr bald auf den fahrenden Zug der Zeit: So hatte die Konstituierende Nationalversammlung der jungen Republik bereits am 14. März 1919 das Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung verabschiedet.<sup>2</sup> Aus dem ersten Paragraphen geht jedoch hervor, wie weit die staatlichen Pläne vom Geschäftsmodell des zu gründenden Genossenschaftsverlags in Wien entfernt waren. Da heißt es nämlich: „Aus Gründen des öffentlichen Wohls können hiezuhin geeignete Wirtschaftsbetriebe zugunsten des Staates, der Länder und der Gemeinden enteignet, von dem Staate, den Ländern oder den Gemeinden entweder in eigene Verwaltung übernommen oder unter die Verwaltung öffentlich-rechtlicher Körperschaften gestellt werden.“ Weitere, vorbereitende Gesetze folgten, doch soll das Thema hier nicht weiterverfolgt werden. Man geht allerdings nicht fehl in der Annahme, dass allfällige Sozialisierungsaktionen nicht von Erfolg gekrönt waren und dass die Diskussion wegen der innenpolitischen Entwicklung bald erlahmte.

Man ist versucht, von „fake news“ zu sprechen. Mitte April 1919 verbreiteten diverse Wiener Zeitungen manchmal unter Berufung auf einen Bericht im *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* eine Meldung aus Leipzig unter der Überschrift „Sozialisierung im Buchverlag“. Der brisante Inhalt: der 1913 gegründete Kurt Wolff Verlag, der wohl wichtigste Verlag für expressionistische Literatur, bekannt durch Buchreihen und Serien wie „Der neue Roman“, „Die schwarzen Bücher“ und „Der jüngste Tag“ und Autoren wie Franz Kafka, Franz Werfel, Max Brod und Heinrich Mann, sollte „sozialisiert“ werden. In der Meldung heißt es: „Der Kurt Wolff Verlag in Leipzig soll infolge freiwilliger Entschließung seines jetzigen Inhabers [also Kurt Wolff] sozialisiert werden. Der gesamte Verlag wird am 1. Oktober nach München übersiedeln. Dort soll er in den gemeinsamen Besitz sämtlicher Angestellten [es waren inzwischen an die 60]

---

<sup>2</sup> Siehe dazu *Wiener Zeitung*, Nr. 62, 15. März 1919, S. 3.

einschließlich der Autoren und des derzeitigen Inhabers übergehen. Mit der praktischen Durchführung der Sozialisierung ist der bekannte Soziologe und Herausgeber der Rätezeitung, Dr. Alfons Goldschmidt betraut worden.“<sup>3</sup> Es stimmt, dass der Verlag nach München übersiedelt ist, nicht wahr ist, dass es hier zu einer „Sozialisierung der Dichtkunst“ gekommen ist. Aber das war nicht die *vollständige* Meldung, die am 9. April 1919 im *Börsenblatt* erschienen war. Unter Berufung auf eine „authentische Quelle“ war die Mitteilung mit einem Vorbehalt verknüpft. So schrieb das *Börsenblatt*, „daß der Begriff Sozialisierung hier in einer Weise aufgefaßt und ausgelegt ist, die sich noch jüngst durch die Tagespresse gegangenen Mitteilungen nicht mit den Anschauungen des revolutionären Zentralrats Bayerns, der neuen Heimat des Kurt Wolff Verlags, deckt. Da nach dessen Auffassung in Zukunft alles der Gemeinschaft gehören soll, so ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen und schlechtweg jeder – Besitzer, Angestellte, Autoren, Lieferanten, Publikum – an jedem Unternehmen, also auch an dem Kurt Wolff Verlag, beteiligt.“<sup>4</sup> Warum Kurt Wolff dieses aufsehenerregende Vorhaben der Verlagssozialisierung nicht realisierte, wissen wir nicht.<sup>5</sup> In deutschen Literaturzeitungen wurde die Frage sehr kontrovers diskutiert, so etwa im *Literarischen Echo*.<sup>6</sup> Ein Befürworter der Sozialisierung, Hans Friedrich, meinte, man müsste die Missstände der Vergangenheit aufarbeiten, denn die Kulturträger des verflossenen Kaiserreichs hätten den Fehler gemacht, „ihre höchstgesteigerten materiellen Ziele auf Kosten der ideellen durchsetzen zu wollen. Das wirtschaftliche Moment ging dem geistigen voran.“ Die

---

<sup>3</sup> *Wiener Morgenzeitung*, Nr. 88, 16. April 1919, S. 6 („Sozialisierung im Buchverlag“). Eine ähnliche Mitteilung brachten die *Wiener Allgemeine Zeitung*, 14. April 1919, S. 8 („Sozialisierung eines Verlagsunternehmens“), und *Der Neue Tag*, 16. April 1919, S. 10.

<sup>4</sup> *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, 86. Jg., Nr. 69, 9. April 1919, S. 247.

<sup>5</sup> Zum Hintergrund der Sozialisierungsdiskussion im Bereich Verlag sowie zu den Beispielen Kurt Wolff und Genossenschafts-Verlag siehe Wolfram Göbel: Sozialisierungstendenzen expressionistischer Verlage nach dem ersten Weltkrieg. In: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur* 1 (1976), S. 178–200. Göbels Hinweis (S. 185), dass die Mitteilung über die Sozialisierung des Kurt Wolff Verlags „am 1. April 1919 gleichzeitig vom *Berliner Tageblatt* und vom *Berliner Börsencourier* gebracht wurde“, konnte durch eine Autopsie beider Zeitungen nicht verifiziert werden. Der zitierte Aufsatz ist ein Auszug aus Göbels Geschichte des Kurt Wolff Verlags: *Der Kurt Wolff Verlag 1913–1930. Expressionismus als verlegerische Aufgabe*. Mit einer Bibliographie des Kurt Wolff Verlages und der ihm angeschlossenen Unternehmen. Sonderdruck des *Archivs für Geschichte des Buchwesens*, Bd. XV und XVI. Frankfurt am Main 1976 und 1977.

<sup>6</sup> Hans Friedrich: Die Sozialisierung des dichterischen Schaffens. In: *Das Literarische Echo*, 21. Jg., Heft 15, 1. Mai 1919, Sp. 908–913.

Schriftsteller wären am Gängelbände der Verleger, so Friedrich: „An Stelle der Persönlichkeit der Schriftsteller trat die Uniform der Verleger. Der Verleger und seine dem strengen Dienst des Kapitals unbedingt unterworfenen Lektoren waren für den Inhalt der Bücher verantwortlich. Die Schriftsteller aber hatten gehorsam den Trank zu mischen, der die alltagsmatten Nerven kitzeln sollte, und wurden dafür gut bezahlt.“ Das war, so Friedrich sinngemäß, die Vergangenheit: „Will unsere Kultur von diesem Zustand einer hinter uns liegenden Periode genesen, so muß in der nächsten Zeit der Dichter wieder stärker zu seinem Rechte kommen.“ Sein Lösungsansatz: die Dichtkunst soll mittels Staatsankäufen über wissenschaftliche Akademien gefördert werden: „Warum sollte es nicht auch Vereinigungen unserer besten literarischen Geister geben, die ein durch Staat und Stiftungen gespendetes Kapital verwalten und sinngemäß verteilen? Kein Grund spricht dagegen.“ Entschiedenem Widerspruch gab es in einer Replik ebenfalls im *Literarischen Echo* auf die Anregungen Friedrichs. Für Fritz Th. Cohn war die Anregung schlicht „eine Todgeburt der Zeit“.<sup>7</sup> Cohn weiter: „Das Schlagwort der Sozialisierung, unter dem sich jeder, der es gebraucht, etwas anderes denkt, darf in der Kunst keinen Eingang finden. Die Kunst widerstrebt ihrer Natur nach jeder Gleichmacherei, und das ‚Nach-Brot-Gehen‘ der Kunst ist nur ein adminikulierendes Beiwerk ihrer Betätigung, der eigentliche Entgelt eines Künstlers für seine Arbeit ist nicht sowohl das Honorar als auch die Schaffensfreude.“ (Sp. 1362-1363) Cohn meint, der Staat sollte sich heraushalten: „Aber Herr Friedrich will ja gar nicht, daß der Staat selbst den Verleger mache, er will nur, wird man mir einwerfen, diejenigen erschienenen Werke, die nach seiner Ansicht zu Unrecht noch keinen Erfolg errungen haben, durch staatlichen Ankauf und durch Verbreitung in der Masse einen künstlichen Erfolg bereiten. Das kann aber doch sein Ernst nicht sein; denn dadurch würde er ja in erster Linie den kapitalistischen Verlegern ihr Risiko abnehmen, und der Dichter bekäme doch nur seine Prozente.“ (Sp. 1366)

---

<sup>7</sup> Fritz Th. Cohn: Die Sozialisierung des dichterischen Schaffens. In: *Das Literarische Echo*, 21. Jg., Heft 22, 15. August 1919, Sp. 1362-1368.

Im Gegensatz zum Kurt Wolff Verlag, wo es sich um die Sozialisierung eines bestehenden, inhabergeführten Unternehmens handelte, sollte in Österreich ein erst zu gründender Verlag schon von Beginn an „sozialisiert“ sein. Doch zuerst zur Gründung einer außergewöhnlichen Zeitschrift im Jahr 1918.

Im Februar erschien Heft 1 der Zeitschrift *Daimon*. Herausgeber war Jakob Moreno Levy, verantwortlicher Redakteur war Ernst Wilhartitz, was insofern nicht überrascht, als die Zeitschrift durch die Kunstdruckerei Frisch & Co. hergestellt wurde und Wilhartitz seit Ende 1916 als Gesellschafter der Firma tätig war, während des Kriegs die Geschäftsleitung übernahm und dann Mitte Juni 1920 offiziell Alleininhaber von Druckerei und Verlag wurde. „Frisch & Co.“ blieb der Hausdrucker sowohl des *Daimon* und dessen Nachfolgers (bis November 1919) als auch eine Zeitlang des „Genossenschaftsverlags“. Schon die erste Nummer des *Daimon* kam nicht überall gut an. Die verlässliche Plattform der Christlichsozialen für Antisemitismus, die *Reichspost*, nahm in einem Aufwaschen nicht nur den jüdischen Herausgeber der pazifistischen Wochenschrift *Der Friede* ins Visier, sondern auch die Zeitschrift *Daimon*. Unter der Überschrift „Literarischer und Preßbolschewismus“ ist von dem Genossen Benno Karpeles die Rede, der „in einer seit kurzem von ihm herausgegebenen Zeitschrift die christliche Bevölkerung durch unerhörte Blasphemien herauszufordern wagt. Nicht besser treibt es eine neue jüdische Zeitschrift ‚Daimon‘ (!), in derem uns vorliegenden Februarheft ein sicherer Ernst Weiß unter der Überschrift ‚Gegen Gott‘ die ungeheuerlichsten Schmähungen gegen den Himmel schleudert. Als Herausgeber dieser auch sonst mit blasphemelnden Einfällen reich bedachten, im übrigen etwa auf der ‚dichterischen‘ Höhe pseudokraftmeiernder Pennäler der Pubertätsperiode stehende Monatschrift zeichnet ein Jakob Moreno Levy, als Redakteur ein E.A. Rheinhardt, als Mitarbeiter werden außer den genannten angeführt .... Die Namen sagen alles“.<sup>8</sup> Ein ähnlicher Geist wehte gut zwanzig später Jahre im vierten und letzten Band der *Deutsch-Österreichischen Literaturgeschichte*: „Im Februar 1918 beginnt der ‚Daimon‘ zu erscheinen, herausgegeben von Jacob Moreno-Levy. In diesen Heften hat die neue Kunstrichtung

---

<sup>8</sup> *Reichspost*, 21. Februar 1918, S. 7.

schon ihre Theorie und ihre Form gefunden, kapselt sich bereits ab und entwickelt ein neues Ästhetentum. Zionistische und bolschewistische Tendenzen machen sich geltend.“<sup>9</sup> Im April, Juni und August erschienen die letzten der vier Hefte im Verlag Brüder Suschitzky in Wien. Im Jänner 1919 erschien erstmals die Monatsschrift *Der Neue Daimon*, die man als Vorstufe zur Verlagsgründung betrachten kann. Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich war wieder Jakob Moreno Levy. In seiner unveröffentlichten Autobiographie geht Levy auf die Gründung der Zeitschrift kurz ein: „It was not long before I thought of publishing a monthly journal of Existential philosophy. Daimon, named after the Socratic ‚daimon‘, was first published in February, 1918. I was editor-in-chief; E.A. Rheinhardt was managing editor. The first issue had articles, stories and poetry (...)“, und hier folgen einige Namen.<sup>10</sup> Zur Nachfolgezeitschrift heißt es in seiner Autobiographie: „In 1919 Der Neue Daimon was published by the Genossenschaftsverlag which also published books by Alfred Adler (sic!), Albert Ehrenstein and Fritz Lampl. In 1920 we changed the name of the journal to Die Gefährten. There was no profound philosophical reason for the change in name. We expanded our circle, and, since Die Gefährten means ‚the associates‘, we did justice to the whole group.“ (ebenda)

Im März wurde es mit der Gründung eines eigenen Verlags ernst. In einer an öffentlichen Bekundungen nicht gerade armen Zeit erfolgte der „Aufruf des Genossenschaftsverlags“, um dessen Abdruck Wiener Zeitungen „ersucht“ wurden.<sup>11</sup> Ungewöhnlich bzw. überraschend daran war – stilistisch – die „expressionistische Prosa“ (*Börsenblatt*) des Textes, und – inhaltlich – die anscheinend beabsichtigte Beschlagnahme der Klassiker und die geistige „Umarmung“ der „Arbeiter“, nicht aber die Ablehnung der

---

<sup>9</sup> *Deutsch-Österreichische Literaturgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Dichtung in Österreich-Ungarn*. Unter Mitwirkung hervorragender Fachgenossen nach dem Tode von Johann Willibald Nagl und Jakob Zeidler herausgegeben von Eduard Castle. Vierter Band. Von 1890–1918. Wien: Carl Fromme, 1937, S. 2115–2116.

<sup>10</sup> The Autobiography of J.L. Moreno, M.D. Copyright Zerka T. Moreno und Jonathan D. Moreno, June, 1985.

<sup>11</sup> So etwa die *Wiener Morgenzeitung*, 28. März 1919, S. 6: „Wir werden um Abdruck folgenden Aufrufes ersucht.“

kapitalistischen Verleger, denen ironischerweise so mancher Unterzeichner noch verpflichtet war. Hier ein Auszug aus dem Ausruf:

Noch ist der Dichter, der Denker in der Hand des Kapitals. Noch entscheidet über Druck und Verbreitung erstarrtes Alter, persönliche Voreingenommenheit der Verleger, der Dünkel ich-befangener Herausgeber. Junge Dichter fielen, ehe sie ihr Wort sahen, verhungerten, blind geopfert, ehe man sie sehen wollte, niemand gab ihnen das Lebensmittel: Geld für ihre guten Worte. Verse und Prosa der starken Anfänger verkümmern im Dunkeln, weil der zarte Anfang oder der steile Wurf noch kein Geschäft ist. So beschlossen wir, uns und den Proletariern, die nach uns kommen, zu helfen. Wir fordern euch auf, ein Gleiches zu tun, mitzutun.

Wir selbst wollen, was wir zu geben haben, preisgeben.

Wir wollen jede neue gute Stimme, soweit unsere Kräfte reichen, schallend machen.

Wir: Genossen, Kameraden Brüder, wollen zu allen sprechen, sagen, bekennen, was wir sind, was wir fühlen und denken. Wir wollen weder ausgebeutet werden, noch Ausbeuter sein.

Der Ertrag aus den Büchern der Klassiker, der großen Toten aller Zeiten, darf nicht Geschäftsleuten, Büchermachern, vor allem Neuen aufs Neue verlegenen Verlegern zuströmen, sondern den Erben der vergangenen Dichter, den lebenden, kommenden Dichtern: uns und unseresgleichen.

Das Wort muß frei werden, Gemeinbesitz aller. Unsere Arbeit gehört der Menschheit.

Der von uns Gefährten verwirklichte Genossenschaftsverlag stellt die Dichter endlich in die Reihe der Arbeiter: die Ernte aus ihren Werken dient nicht mehr dem Wucher der Zwischenhändler, sondern dem Lebensunterhalt der Mitschaffenden.

Wer reine Hände hat, stehe zu uns!

Unterzeichnet wurde der Aufruf von Alfred Adler, Albert Ehrenstein, Fritz Lampl, Jakob Moreno Levy, Hugo Sonnenschein und Franz Werfel. In einem ausführlichen Bericht über die Gründung des Genossenschaftsverlags im *Börsenblatt* spekuliert der Verfasser, dass Ehrenstein und Werfel den Schritt als Rache gegen Kurt Wolff setzten, da sie von der

Vergesellschaftung dieses Verlages ausgeschlossen worden waren.<sup>12</sup> Wie der Bericht im *Börsenblatt* auch hervorhebt, war dies ja nicht der erste Versuch in der deutschen Literaturgeschichte, den Verleger auszuschalten und die Schriftsteller auf genossenschaftlicher Basis zu vereinen. Fazit im *Börsenblatt*: „Den Unternehmern des Genossenschafts-Verlags wird bei ihrem Fluge nach Utopia, obwohl sich ein ‚Adler‘ unter ihnen befindet, kaum ein besseres Los beschieden sein. Man sollte sie daher ruhig fliegen lassen, denn was sie bestenfalls schaffen könnten, wenn sie nicht ebenso auffliegen wie ihre Vorgänger, wäre ein Verlag wie wir ihn zu Dutzenden schon haben.“ (S. 288) Eine Prophezeiung, die sich bewahrheiten sollte, denn spätestens 1922 wollte niemand mehr mittun. Doch der Genossenschaftsverlag fand schon bei der Gründung andere Kritiker in Wien, wie etwa Leo Perutz, der den Unterzeichnern vorwarf, „ihre Ansprüche nicht etwa auf die geistige, sondern auf die materielle Erbschaft der Klassiker an(zu)melden“.<sup>13</sup> Hier ortete Perutz einen Widerspruch. „Der Sozialismus bekämpft und verwirft das Erbrecht. Soll es für die sozialisierte Literatur in so erkünstelter Form eingeführt werden?“, fragt sich Perutz. In seiner Zuschrift streitet er manchem Unterzeichner gewissermaßen das Recht ab, sich gar so proletarisch zu geben:

Aber fühlen sich die Unterzeichner des Aufrufes alle frei von Schuld? Sind nicht welche unter ihnen, denen es als Verrat an der Kunst und am Geiste gilt, fürs Volk zu schaffen? Deren höchster Ehrgeiz es ist, nur für eine Auslese überfeinerter Stammtischgefährten in verstiegenen Wendungen Unerlebtes, Ungefühltes, Unverständliches zu schreiben? (...) Sie mögen, wenn sie sich in die Reihe der Arbeiter stellen, vor allem ihr Werk sozialisieren. (...) (ebenda)

Der Aufruf veranlasste auch Anton Kuh zu einem hämischen Kommentar. Er meinte, die Autoren würden sich von ihren „Stammverlagen“ entfremden und „ihrem kommunistischen Selbstverwertungs- und Unabhängigkeitsideal“ opfern.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Der Genossenschaftsverlag. In: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Nr. 79, 23. April 1919, S. 288–289; hier S. 289.

<sup>13</sup> *Der Neue Tag*, Nr. 8, 30. März 1919, S. 8–9; bes. S. 9.

<sup>14</sup> *Der Neue Tag*, Nr. 6, 28. Februar 1919, S. 7.



Da nun von einigen „Geschäftsmodellen“ in Zusammenhang mit der „Sozialisierung der Dichtkunst“ die Rede gewesen ist, stellt sich die Frage, welche Vorstellung die sechs Unterzeichner davon hatten. Auskunft gibt der Statuten-Entwurf des „Genossenschaftsverlag registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung Wien-Berlin“. Im Vorwort liest man Genaues:

Das Ziel des Genossenschaftsverlags ist die vollkommene Sozialisierung der Autoren, das heißt die Sicherung des vollen Lebensunterhaltes aller Genossenschafter, die ihr gesamtes präsent oder künftiges Werk dem Verlag zur Verfügung stellen. Da aber der Genossenschaftsverlag gegenwärtig zwei Arten von Autoren hat, solche, die kapitalistischen Verlegern verpflichtet sind, und solche, die frei sind, mußten als Übergangszustand folgende Statuten von der I. Generalversammlung festgesetzt werden:<sup>15</sup> (...)

Konkret war der Gegenstand des Unternehmens folgender: „der Verlag von Werken moderner und klassischer Autoren und die Ausübung aller zugleich mit den Werken erworbenen Autorrechte (Übersetzungen, Bühnenaufführungen usw.).“ Um Mitglied der Genossenschaft zu werden, musste man sich schriftlich anmelden und einen einmaligen Betrag von K 250 erlegen. Um diesen Betrag in einer konkreten Relation zu sehen: ein Jahresabonnement des *Neuen Daimon* kostete K 12, ein Einzelheft K 1,20. Ob ein Werk zur Veröffentlichung angenommen wurde, hing von einem einstimmigen Beschluss des Vorstandes ab, und somit erwarb die Genossenschaft sämtliche Autorenrechte. Die Haftung der Genossenschafter für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft war zwar beschränkt, aber im Fall eines Konkurses musste ein Genossenschafter noch das Zweifache der von ihm eingezahlten Beiträge aufbringen. Auch die Gewinnbeteiligung war geregelt. Der Gewinn sollte in der Weise verteilt werden, „daß jeder Autor den

---

<sup>15</sup> Eine Kopie der Statuten wurde dem Verfasser Anfang der 1980er Jahre vom Sohn Otto Stoessls zur Verfügung gestellt. In einem Vermerk im *Neuen Daimon*, Heft 3/4, April 1919, heißt es: „Wegen Platzmangels sind in diesem Hefte die angekündigte ‚Proklamation der großen Versammlung‘ und der ‚Aufruf des Genossenschaftsverlags‘ nicht enthalten.“ Die I. Generalversammlung ist also gegen Ende März 1919 abgehalten worden. Der prominente Genossenschafter, der einem kapitalistischen Verleger verpflichtet war, hieß Franz Werfel, der die Zustimmung Kurt Wolffs einholen musste. Wolff-Autor Heinrich Mann musste auch die Segnung seines Verlegers bekommen, um Genossenschafter zu werden bzw. um ein Werk im Genossenschaftsverlag erscheinen zu lassen.

gesamten Reingewinn seiner Werke erhält“. Es gab allerdings Abzüge, die über einen geplanten Fonds einem „guten Zweck“ zugeführt werden sollten, übrigens nicht unähnlich bestehender Vereine. So sollten die Mittel zur Unterstützung armer und kranker Autoren dienen, Preise für außerordentliche schöpferische Leistungen ermöglichen und nicht zuletzt die Errichtung eines Heims und Errichtung einer Schule, in der Autoren als Lehrer wirken, finanzieren. Trotz der revolutionären, hehren Absichten konnte am Ende des Tages nur wenig bei diesem „Flug nach Utopia“ realisiert werden. Selbst wenn man den „kapitalistischen Verleger“ ausgeschaltet hat, war es damit nicht getan. Man brauchte nicht nur gute Texte, sondern einen dynamischen Vertrieb, um mehr Käufer als bloß Gleichgesinnten zu erreichen. Der Haken dabei: Schriftsteller waren – auf sich allein gestellt – im Laufe der Literaturgeschichte nur selten gute Geschäftsleute. So auch in diesem Fall. Und man brauchte Kapital jenseits der Genossenschaftsanteile. Trotz einzelner Publikationen im Umfeld des Genossenschaftsverlags blieben Unterzeichner wie Franz Werfel und Albert Ehrenstein oder sonstige Autoren wie Heinrich Mann bei ihrem kapitalistischen Verleger.

Nachdem sich Moreno Levy sich bereits im Herbst 1919 aus der Redaktion des *Neuen Daimon* zurückzog, lag die Betreuung bei unterschiedlichen Autoren wie z.B. Fritz Lampl, Carl Ehrenstein oder Hugo Sonnenschein-Sonka. Mehr oder weniger als Ergänzung zum *Neuen Daimon* begann im Sommer 1919 eine ungezählte Serie unter dem Titel *Die Gefährten* zu erscheinen. Bevor die Serie abgebrochen und dann unter eben diesem Namen als Zeitschrift fortgeführt wurde, kamen drei Hefte heraus. Im letzten Heft des *Neuen Daimon* 1919 kündigte man dessen Fortsetzung als *Die Gefährten* und das Erscheinen von 6 Heften bis Ende 1920 an. Insgesamt erschienen sind 10 Hefte, u.a. von Franz Werfel, Heinrich Mann, Alfred Döblin, Moreno Levy, Otto Stoessl, Fritz Lampl, Albert Ehrenstein, Isidor Quartner, Ernst Weiß und Oskar Kokoschka. Im 4. Jahr 1921 erschienen die letzten zwei Hefte in dieser Form. Nach längerer Pause und sozusagen als Nachzügler erschienen 1922 im Waldheim-Verlag Wien-Leipzig Albert Ehrensteins *Briefe an Gott* als „Die Gefährten Dreizehnter Band“.<sup>16</sup> Und damit war Schluss. Schluss mit dem Versuch

---

<sup>16</sup> Siehe Paul Raabe: *Die Zeitschriften und Sammlungen des literarischen Expressionismus. Repertorium der Zeitschriften, Jahrbücher, Anthologien, Sammelwerke, Schriftenreihen und Almanache 1910–1921*. Stuttgart:

der Vergesellschaftung der Dichtkunst. Der Grund dürften letzten Endes hohe Schulden und unverkaufte ‚Gefährten-Hefte‘ gewesen sein. Das fehlgeschlagene Experiment mit dem Genossenschaftsverlag, irgendwo zwischen einer „Todgeburt der Zeit“ und einem „Flug nach Utopia“, war, wie man aus der Literaturgeschichte weiß, weder das erste noch das letzte seiner Art. So sehr die Sozialisierung der Dichtkunst ein Kind der Zeit und ein verlockendes Geschäftsmodell war, war das Projekt zum Scheitern verurteilt. Zusammenfassend: erstens sind Autoren selten gute Geschäftsleute oder Buchhalter und verstehen wenig von den Marktmechanismen, zweitens um die „Produktionsmittel“ in die Hand zu nehmen, braucht man Kapital, das von irgendwoher kommen muss und drittens genügt es nicht, „gute Bücher“ auf den Markt zu bringen, man braucht einen erfahrenen Vertrieb, um sie unter die Leute zu bringen. Wie auch immer: Im Fall des Kreises um Jakob Moreno Levy war es ein interessanter Versuch in einer aufgeregten Zeit.

(Vortrag 21. September 2018, Symposium 100 Jahre Daimon, Österreichische Gesellschaft für Literatur)

---

Metzler, 1964, S. 75 wird behauptet, dass *Die Gefährten* im Waldheim-Verlag als Schriftenreihe hätte fortgeführt werden sollen. Worauf diese Behauptung beruht, ist nicht bekannt.